

## Schweiz

# «Glanz und Gloria sind nicht sein Ding»

Papst Franziskus kommt nach Genf. Der oberste Schweizer Jesuit Christian Rutishauser wertet den Besuch als Stärkung der liberalen Kräfte innerhalb der Schweizer Kirche. Zudem hofft er auf ein paar klärende Worte.

Mit Christian Rutishauser sprach Gregor Poletti

### Sind Sie überrascht, dass Papst Franziskus die Schweiz besucht?

Ja, zumal die Schweiz nur ein kleiner Teil der katholischen Kirche ist. Ich gehe davon aus, dass nicht die Einladung durch den Bundesrat der Hauptgrund für die Zusage des Besuchs in der Schweiz war, sondern die ebenfalls erfolgte Einladung durch den Ökumenischen Rat, der ja in Genf zu Hause ist.

### Weshalb?

Die Ökumene ist dem Papst ein grosses Anliegen. So hat er im vergangenen Reformjahr mehrere Zeichen in diese Richtung gesetzt - beispielsweise die Reise nach Lund in Schweden zu Beginn des 500-Jahr-Gedenkens an die Reformation. Ich könnte mir gut vorstellen, dass er mit den anderen Kirchenvertretern derzeit aktuelle Themen angeht. Zu denken ist etwa an Fragen wie: Dürfen auch verheiratete Männer als Priester amten? Oder: Dürfen Frauen zu Diakoninnen geweiht werden? Auf jeden Fall liegt ihm die Ökumene mit den Kirchen der Reformation und den orthodoxen Kirchen am Herzen.

### Was bedeutet sein Besuch für die Schweiz und die Schweizer Katholiken?

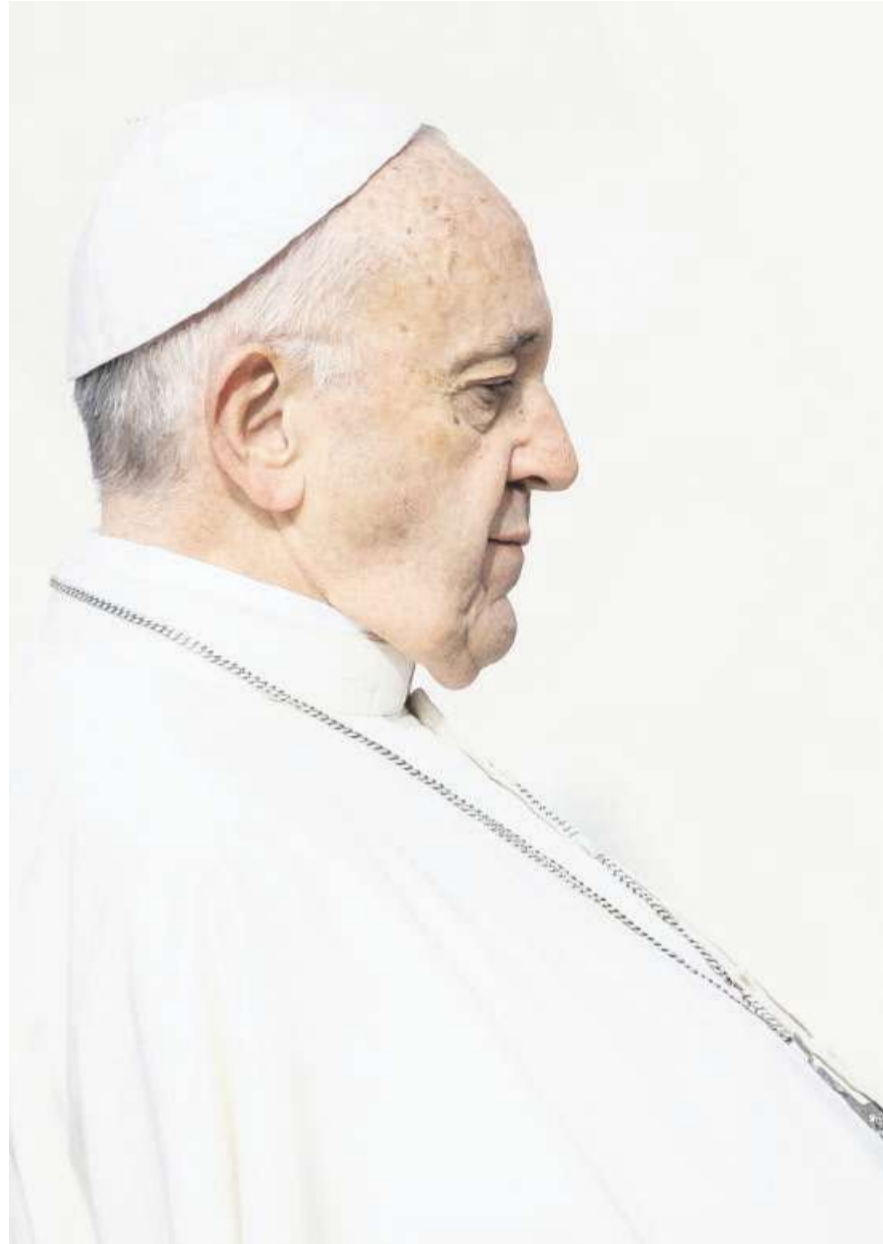
Für die breite Bevölkerung ist es sicher ein schönes Zeichen, dass er uns besucht. Bei den Katholiken dürfte sich der liberale Flügel gestärkt sehen, da er ein Vertreter des Reformkurses ist. Interessant wird sein, ob er sich zur staatsrechtlichen Kirchenstruktur in der Schweiz äussert und allenfalls eine Bemerkung zur bald anstehenden Nachfolgeregelung des hierzulande stark umstrittenen Churer Bischofs Huonder fallen lässt. Sowohl die konservativen wie auch die liberalen Kräfte werden ihm genau zuhören.

### Kann der Papst auch von der Schweiz profitieren?

Er wird sich wohl vor allem in seiner etwas bodenständigen Kirche bestätigt fühlen, da er wie wir Schweizer Katholiken eher nüchtern und pragmatisch an Probleme herangeht. Wenn er sich vertieft mit uns beschäftigt, könnte er sicher einiges mitnehmen - etwa unsere grosse Skepsis gegenüber zu hierarchischen Strukturen.

### Wie wird sich sein Besuch von demjenigen des Papstes Johannes Paul II. 2004 unterscheiden?

Glanz und Gloria sind nicht sein Ding, auch wenn er zuweilen wie ein Popstar gefeiert wird. Schön wäre es für die Schweizer Katholiken, wenn er nebst dem eher kirchenpolitischen Besuch in Genf mit einem offiziellen Gottesdienst auch den einfachen Gläubigen ein Ge-



«Eher nüchtern und pragmatisch.» Foto: Giuseppe Ciccia (Getty Images)

schick machen würde. Und wir Jesuiten hoffen natürlich, dass er auch Zeit findet, mit uns zusammenzukommen. In der Regel machen das die Päpste, wenn sie ein Land besuchen.

### Gibt es noch grössere Differenzen zwischen Rom und der Schweiz?

Nein, die meisten konnten ausgeräumt werden. Die Schweizer Bischöfe und die Kirche stehen zu grossen Teilen hinter dem Kurs von Papst Franziskus. Klar, gibt es seitens der progressiveren Katholiken Forderungen etwa nach einer Anerkennung der Homosexualität als normale Lebensform oder nach einer Lockerung der kirchlichen Sexualmoral. Aber das sind kaum Anliegen, welche die Leute massenhaft auf die Strasse treiben würde.

### Demnach erwarten Sie keine Proteste während des für Juni angekündigten Besuchs?

Nein, im Gegenteil. Ich gehe davon aus, dass eine für die Schweiz eher unüblich starke Supportbewegung festzustellen sein wird. Der Besuch wird sicherheitstechnisch indessen eine Herausforderung. In Zeiten von immer brutaleren Anschlägen darf man das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Auch wenn die Schweiz bisher von Terrorattacken verschont geblieben ist, gilt sie doch als Drehscheibe für konservative Treffen und finanzielle Transaktionen.

### Sind Sie Papst Franziskus schon persönlich begegnet?

Mehrmals. Zum ersten Mal traf ich Bergoglio noch als Erzbischof in Buenos Aires vor 13 Jahren.

### Was war Ihr Eindruck?

Dass ich es mit einem Menschen zu tun habe, der mit einer überdurchschnittlichen Präsenz überzeugt und auf sein Gegenüber eingeht.

### Papstbesuch

Ein Jahrzehntereignis

Der Bundesrat sei erfreut, dass Papst Franziskus seine Einladung angenommen habe, teilte die Bundeskanzlei gestern mit. Der Papst wird am 21. Juni in Genf erwartet. Eine Delegation der Landesregierung unter der Leitung von Bundespräsident Alain Berset werde den Papst empfangen und mit ihm zu einem offiziellen Gespräch zusammenkommen, teilte die Bundeskanzlei weiter mit. Die weiteren Modalitäten des Papstbesuchs seien in Abklärung.

Eine Einladung für den Papst ausgesprochen hat auch der Ökumenische Rat der Kirchen. Der Weltkirchenrat wurde 1948 in Amsterdam gegründet und hat seinen Sitz in Genf. Ihm gehören inzwischen fast 350 protestantische, anglikanische, orthodoxe und altkatholische Kirchen an.

Der letzte Papstbesuch in der Schweiz fand 2004 statt. Damals reiste Papst Johannes Paul II. nach Bern. Fast 70 000 Personen besuchten die Messe, die der Papst in deutscher Sprache hielt. Lobend erwähnte er damals explizit die grosse Tradition des Respekts der Schweiz für den Menschen. Es sei eine Tradition unter dem Zeichen des Kreuzes - des Roten Kreuzes nämlich. Die Christen der Schweiz sollten auf der Höhe ihrer ruhmreichen Vergangenheit bleiben. Der Besuch hinterliess der Bischofskonferenz zwar ein Defizit von fast einer Million Franken, aber auch zahlreiche emotionale Momente.

Der Besuch von Johannes Paul II. im Jahr 1984 war weit umstritten und löste auch Proteste aus. Besonders heftig kritisiert wurde damals der Empfang des Oberhauptes der katholischen Kirche durch den Gesamtbundesrat und der grosse Medienrummel rund um seine sechstägige Reise durch die Schweiz. Als inoffizieller Besuch gilt seine Visite bei den internationalen Organisationen in Genf im Jahr 1982. (SDA/gr)

### Hat er sich verändert, seit er 2013 zum Papst gewählt wurde?

Nein, er hat seine Natürlichkeit behalten und scheut sich auch heute noch nicht, Gefühle zu äussern.

### Wie ist es, mit ihm zu arbeiten?

Papst Franziskus ist eine Persönlichkeit, der Form und Fassade nicht wichtig sind. Das ermöglicht sehr sachliche Gespräche in einer sehr entspannten Atmosphäre.



### Christian Rutishauser

Wie Papst Franziskus ist der studierte Theologe Jesuit. Der 52-Jährige berät seit 2014 den Papst bei den religiösen Beziehungen mit dem Judentum.

## Cassis in der Zwickmühle

Spaniens Aussenminister hat bei seinem Schweizer Kollegen ausgelotet, wie die Chancen für Anna Gabriels Auslieferung stehen.

Peter Meier  
Bern

Der Konflikt in Katalonien ist im Bundesrat angekommen. Aussenminister Ignazio Cassis hat am Dienstag einen Anruf seines spanischen Amtskollegen Alfonso Dastis erhalten, wie das Aussenministerium bestätigt. Den Inhalt will es zwar nicht kommentieren: «Die beiden Minister haben aktuelle Fragen erörtert, die für beide Länder von Interesse sind.» Zu den brisanten bilateralen Fragen dürfte aber auch der Fall von Anna Gabriel gehören, die vor anderthalb Wochen nach Genf geflüchtet ist. Die spanischen Behörden werfen ihr wegen der Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens Rebellion und Volksverhetzung vor. Der früheren Parlamentsabgeordneten drohen bis zu 30 Jahre Haft.

Vergangene Woche hat der oberste Gerichtshof in Madrid einen Haftbefehl erlassen - der indes nur auf nationaler Ebene gilt. Der zuständige spanische Untersuchungsrichter kündigte daraufhin ein Auslieferungsgesuch an die Schweiz an. Ein solches sei in Bern bislang nicht eingetroffen, sagt Folco Galli. Der Informationschef des Bundesamts für Justiz bekräftigt zudem seine Einschätzung der vergangenen Tage, die in Spanien für Aufsehen gesorgt hat: «Die Schweiz bewilligt - wie die meisten anderen Staaten - keine Auslieferung und auch keine andere Form der Rechtshilfe für politische Delikte.» Ausnahmen gebe es lediglich bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Flugzeugentführungen oder Geiselnahmen. Bei den Vorwürfen gegen Gabriel scheine es aber aufgrund der Medienberichte «prima vista» um politische Delikte zu gehen: «Damit dürfte die Schweiz einem allfälligen Auslieferungs- oder Rechtshilfeersuchen keine Folge geben», so Galli.

Der juristische Positionsbezug des Bundesamts für Justiz war wohl auch der Anlass für den Anruf des spanischen Aussenministers. Offensichtlich versuchte er bei Cassis auszuloten, ob die Erfolgchancen eines Auslieferungsbegehrens für Gabriel tatsächlich so schlecht stehen. Cassis ist damit in der Zwickmühle: Eine Auslieferung Anna Gabriels ist aufgrund der Rechtslage kaum möglich. Mit deren offiziellen Verweigerung würde sich die Schweiz jedoch in der Wahrnehmung Madrids auf die Seite der Separatisten schlagen.

### Nachrichten

#### Bankgeheimnis Parlament beendet Debatte

Das Parlament zieht einen Schlusstrich unter die Bankgeheimnisinitiative. Nach dem Ständerat hat gestern der Nationalrat den Gegenvorschlag zum inzwischen zurückgezogenen Volksbegehren abgeschrieben. Das Bankgeheimnis im Inland bleibt damit vorläufig bestehen. (SDA)

### Kriminalität

#### Pädophilen-Initiative: Annäherung bei Umsetzung

Die Umsetzung der Pädophileninitiative ist auf der Zielgeraden. Der Ständerat ist dem Nationalrat gestern in den meisten Punkten entgegengekommen. Noch nicht einig sind sich die Räte, ob es eine spezielle Regelung für Beziehungen zwischen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen braucht. (SDA)

### Zivildienst Der Boom hält an

In der Schweiz ist die Zahl der Zivildienstleistenden weiter gestiegen. Rund 48 000 waren es Ende 2017. Im Vorjahr waren es 4000 weniger. Auch die Zahl der Dienstage nahm zu - auf 1,8 Millionen. Die meisten wurden im Sozial- und Gesundheitswesen geleistet. (SDA)

## Pascal Broulis verteidigt sich und seine Steuerverwaltung

Der Finanzdirektor der Waadt eilt Parteikollegin Isabelle Moret zu Hilfe. Den Umgang mit dem Steuermassnahmen der FDP-Nationalrätin rühmt er als beispielhaft.

Philippe Reichen  
Lausanne

An den Olympischen Winterspielen in Südkorea hatte der Waadtländer Finanzdirektor Pascal Broulis (FDP) eine tolle Zeit. Seine Erlebnisse in Pyeongchang waren an der gestrigen Regierungssitzung aber kein Thema. Er musste sich vor dem Staatsrat erstmals wegen seiner Steuersituation erklären. Und die ist delikat.

Broulis lebt mit seiner Familie in Lausanne, wo sein Sohn zur Schule geht. Seine Steuern zahlt er aber in der Landgemeinde Sainte-Croix. Seit gestern hat Broulis in seiner Rolle als Finanzdirektor

ein weiteres Problem: das Steuermassnahmen der FDP-Nationalrätin Isabelle Moret. Recherchen dieser Zeitung zeigen: Die Politikerin ist in der Waadt zuletzt 2008 rechtskräftig besteuert worden. Die Steuerverwaltung zweifelt Morets Steuerabzüge an und verlangt Nachweise.

Broulis verschickte nach seiner Aussprache mit der Regierung gleich zwei Pressemitteilungen in dieser Sache und stellte klar, mit Morets Steuermassnahmen sei alles in Ordnung und als Finanzdirektor habe er mit diesem nichts zu tun. Dass seine Steuerverwaltung im Fall Moret keine definitive Besteuerung vornehme, zeige doch gerade, dass auch die Steuererklärung einer öffentlichen Person genau überprüft werde.

Wie viel Druck auf Broulis lastet, war an seinem abendlichen Auftritt in der Radiosendung «Forum» zu hören. Hinter den Kulissen der Waadtländer Politik wird über die Möglichkeit gesprochen, Broulis' Steuersituation in einer Administrativuntersuchung zu überprüfen.

Broulis entgegnete im Interview, es brauche keine Untersuchung, mit seiner Situation sei alles in Ordnung. Der Finanzdirektor bezeichnete sich als «Liebhaber der Präzision» und lobte seine «hervorragende Steuerverwaltung», die selbst «komplexe Dossiers» wie jenes von Isabelle Moret bewältige.

### Ein Problem für die Demokratie

Broulis verhedderte sich während seiner Ausführungen in allerlei Statistiken. Worüber er nicht sprach: Seine Steuerverwaltung hat gemäss deren Angaben für die Steuerjahre 2003 bis 2014 noch immer über 3000 Steuerrechnungen nicht rechtmässig verfügt. Wie viele Steuerfälle seit 2009 offen sind, kommunizierte der Fiskus auf Anfrage nicht.

Broulis' Parteikollegin Isabelle Moret wiederum betonte bei einem Auftritt in der Westschweizer Tagesschau, keinen Rappen Steuerschulden zu haben. Bei ihren Akontozahlungen aufgrund fehlender definitiver Steuerrechnungen sind aber Beträge offen.